

Marikana-Massaker: Opfer fordern Gerechtigkeit

Knapp vier Jahre ist es her, dass 34 Bergleute bei der südafrikanischen Platinmine Lonmin von der Polizei erschossen wurden. Sie hatten für höhere Löhne gestreikt. Die südafrikanische Untersuchungskommission gab dem Minenbetreiber Lonmin Mitschuld am Massaker. Hauptabnehmer des Platins, welches in der Marikana-Mine abgebaut wird, ist die deutsche BASF, wichtigste Herstellerin von Autokatalysatoren. Ein Grossteil des Platins wird von BASF Metals Limited in Zug gehandelt. Platin macht wertmässig mit Abstand den grössten Anteil der Schweizer Importe aus Südafrika aus.

Aus diesem Grund besuchte eine südafrikanische Delegation, der die beiden Witwen Ntombizolile Mosebetsane und Agnes Makopano Thelejane angehörten. In Zug wollten sie ihre Forderung nach einer Entschädigung deponieren, verpflichtet sich BASF doch ausdrücklich darauf, für die gesamte Lieferkette Verantwortung zu übernehmen. Jedoch war von BASF Metals niemand zu sprechen. So mussten die Witwen das Schreiben in den Briefkasten legen.



Marikana war ein Hauptthema von Sandra Julius, die seit Mitte Juli 2015 als Stellvertreterin im SOLIFONDS arbeitete. Die Aktion in Zug war ihr letzter grosser Einsatz. Mitte Mai lief ihre Anstellung im SOLIFONDS aus. Wir danken Sandra für ihre Arbeit und wünschen ihr viel Erfolg, vorerst auf der Alp.

SOLIFONDS
Quellenstrasse 25
Postfach
CH-8031 Zürich
Tel. 044 272 60 37
mail@solifonds.ch
www.solifonds.ch
PC 80-7761-7
IBAN CH52 0900 0000 8000 7761 7

Widerstand gegen Zerstörung – Aufbau von Alternativen

Die Menschen in Nordkurdistan kämpfen für eine selbstbestimmte Gesellschaft



Diyarbakir/Sur – Frauen bauen Barrikaden gegen die Angriffe des Militärs.

Foto: MEH

In einem Interview mit der Zeitung Le Courrier charakterisierte der Präsident des türkischen Menschenrechtsvereins (IHD), Öztürk Türkdogan, die aktuelle Lage in Kurdistan folgendermassen: « In der jüngsten Vergangenheit hat der Friedensprozess grosse Hoffnungen hervorgerufen, aber der türkische Staat hat seine Versprechen nicht gehalten. Aktuell hat die Regierung, mit der stillen Komplizenschaft Europas, einen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung eingeleitet. » In diesem Krieg hat die türkische Armee gemäss Türkdogan allein im ersten Quartal dieses Jahres 353 ZivilistInnen getötet und 246 verletzt. Mehr als eine halbe Million Menschen sind vertrieben worden. Tausende von Hektaren Wald und Landwirtschaftsland sind vom Militär verbrannt, grosse Teile kurdischer Städte niedergewalzt und zerbombt worden. In Diyarbakir etwa wurde die historische Altstadt Sur total zerstört. Die nationale Regierung will dieses Gebiet nun enteignen, neu aufbauen und an kapitalkräftige Investoren verkaufen. Türkdogans Fazit: « Die Absicht des türkischen Staats ist es, Kurdistan langfristig zu entvölkern. »

Auf die Angriffe hat die Bevölkerung in Nordkurdistan (Bakur) im Sommer 2015 mit der Ausrufung der Selbstverwaltung in den grösseren Städten und Gemeinden reagiert. Mit dem demokratischen Volkskongress (DTK) besteht seit 2007 eine politische Struktur, die soziale Bewegungen, Vereine und Komitees, Gewerkschaften und Gemeindeverwaltungen umfasst. In den selbstverwalteten Gemeinden arbeiten die Menschen daran, direktdemokratische Strukturen zu schaffen, mit dem Ziel, patriarchale Verhältnisse zu überwinden, Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen, solidarisches Wirtschaften zu verwirklichen und einen ökologischen Wandel herbeizuführen.

Die Ökologiebewegung Mesopotamiens und die Initiative zur Rettung von Hasankeyf kämpfen für den Schutz der Lebensgrundlagen. Denn: « Der Kampf für die Natur ist Teil des Kampfes für eine demokratische, emanzipatorische und befreite Gesellschaft », schreibt die Ökologiebewegung. Der SOLIFONDS unterstützt ihren Kampf zum Schutz der Lebensgrundlagen, damit die Intention des türkischen Staats, Kurdistan zu entvölkern, nicht aufgeht.

Basisdemokratie und Gleichstellung der Geschlechter

Der «demokratische Volkskongress» in Nordkurdistan, 2007 gegründet, beruft sich neben der Ökologie auf partizipative Demokratie und Geschlechtergleichstellung als Grundwerte in seinem Bestreben, eine neue demokratische Gesellschaft zu schaffen. Die strukturelle Basis bilden Quartierkomitees. Deren Delegierte kommen in Stadtkomitees zusammen, die ihrerseits Delegierte in die Provinzkomitees entsenden. Diese bestimmen schliesslich die Vertretung im Volkskongress. Ein weiteres zentrales Element dieser partizipativen Demokratie ist die Bestimmung, dass alle leitenden Ämter zwangsläufig von einem Mann und einer Frau gemeinsam geführt werden müssen.

Der Überwindung patriarchaler Strukturen kommt im Konzept des demokratischen Volkskongresses entscheidende Bedeutung zu. In allen Bereichen, etwa der Ökologie, Ökonomie oder Bildungsarbeit, wird die Perspektive der Frauen- und Geschlechterbefreiung thematisiert. Familienstrukturen werden hinterfragt und Kampagnen gegen sexistische Gewalt oder Zwangsverheiratungen geführt. Bildung für Frauen ist zentral. Dabei geht es beispielsweise um Alphabetisierung, Ermächtigung zu wirtschaftlicher Unabhängigkeit, Stärkung des Selbstbewusstseins oder Gesundheitsbildung.

In den Städten Kurdistans, in denen die Demokratische Partei der Regionen DBP – auf nationaler Ebene Teil der «Demokratischen Partei der Völker» (HDP) – die Mehrheit in den Stadträten hat und die Bürgermeisterinnen beziehungsweise Bürgermeister stellt, haben die Frauenräte wichtige Erfolge erzielt. Sie erarbeiteten mit den Stadtverwaltungen Vereinbarungen, dass in Fällen häuslicher Gewalt Sanktionen gegen den gewalttätigen Mann eingeleitet werden.

Vielorts wurden Frauenzentren aufgebaut. Dies ermöglicht Frauen, aus dem Haus zu gehen und sich mit anderen Frauen zu treffen und auszutauschen. Ebenfalls werden in den Frauenzentren Kurse angeboten, und im Fall von Gewalt erhalten Frauen psychologische, soziale und Rechts-hilfeunterstützung.

Selbstbestimmung heisst partizipative Demokratie, Gleichberechtigung und Ökologie

Die Ökologiebewegung Mesopotamiens (MEH) und die Initiative zur Rettung von Hasankeyf (HYG) setzen sich als Teil des demokratischen Volkskongresses (DTK) für die Selbstbestimmung der kurdischen Bevölkerung ein. Ökologische Wirtschaft ist einer der Hauptpfeiler des politischen DTK-Programms, denn wie die Nahrungsmittel produziert werden und wie auf die Umwelt Rücksicht genommen wird, ist eng mit der sozialen Frage – genossenschaftliches Arbeiten, Selbstversorgung – und der politischen Frage – Ernährungssouveränität, keine industrielle Landwirtschaft – verbunden. Das betont auch die MEH: «Der MEH geht es bei einer ökologischen Gesellschaft zweifellos um den Erhalt der Natur, von Ökosystemen und der Biodiversität, und die Beschränkung der Klimaveränderung. Genauso sieht aber die MEH im Kampf darum die Verteidigung von bestehenden sozialen und solidarischen Gesellschaftsstrukturen.» Unter diesen Gesichtspunkten sind auch die folgenden drei Kampagnen zu sehen.



Herbst 2015 in Silvan: Trotz Ausgangssperre gingen die Menschen auf die Strasse und erzwangen eine Öffnung des militärischen Belagerungsringes. Foto: MEH

Selbstversorgung und soziale Vernetzung

Nicht nur auf dem Land, sondern auch in den Städten Nordkurdistans haben sich viele Menschen durch den Anbau von Nahrungsmitteln selbstversorgt. Die Ausgangssperren, die seit 2015 viele Städte wochenlang lahmlegten, die Vertreibungen und die Politik der verbrannten Erde liessen die Selbstversorgung zusammenbrechen.

In den selbstverwalteten Gemeinden haben sich nun Saatgut-Landwirtschafts-Ernährungskommissionen gebildet, die die Selbstversorgung der Bevölkerung wieder ermöglichen sollen. Dazu ist als erstes die Vermehrung und die Verteilung von nicht-hybridem Saatgut geplant. In Diyarbakir hat die MEH zusammen mit der Bevölkerung drei Stadtteilgärten von je einem Viertel Hektar eingerichtet, und von der Stadtverwaltung erhielt sie am Stadtrand ein dreissig Hektar grosses Stück Land für die Saatgut- und Nahrungsmittelproduktion. Der Anbau erfolgt genossenschaftlich. Zum Projekt gehört auch eine Kinderagrarwerkstätte, um der jüngsten Generation Wissen über die ökologische Produktion von Nahrungsmitteln zu vermitteln. Mit der Selbstversorgungskampagne sollen auch die sozialen und politischen Netzwerke von Vertriebenen wieder hergestellt werden.

Klagen gegen Megaprojekte

In Nordkurdistan sind zahlreiche Investitionsprojekte (Staudämme, Kohlekraftwerke, Zementwerke, Minen, Fracking) geplant, die die Lebensgrundlagen der betroffenen Bevölkerung bedrohen. Umsiedlungen, Vertreibungen und die Abwanderung in die Städte würden noch mehr zunehmen. Die Betroffenen werden gemäss MEH über solche Projekte und deren Folgen kaum informiert, geschweige denn dazu befragt, auch wenn dabei bestehende Rechte missachtet werden.

Deshalb will die MEH zusammen mit der betroffenen Bevölkerung gegen einzelne Projekte rechtlich vorgehen. Dazu müssen umfangreiche Dokumentationen erstellt

und Klageschriften verfasst werden. Diese Arbeiten erfolgen in enger Zusammenarbeit mit dem Mesopotamischen JuristInnenverein MHD. Die im MHD zusammengeschlossenen JuristInnen setzen sich unter schwierigsten Bedingungen für die demokratischen und sozialen Rechte der Bevölkerung ein.

Hasankeyf soll leben

Eine breite internationale Kampagne erreichte 2009, dass westeuropäische Staaten, darunter die Schweiz, ihre Exportrisikogarantien für den Bau des Ilisu-Staudamms zurückzogen. Der türkischen Regierung gelang es, das Vorhaben mit anderen Geldern zu finanzieren und 2010 mit dem Bau zu beginnen. Wann der Staudamm fertiggestellt wird und ab wann geflutet werden soll, ist nicht bekannt. Seit 2015 hat die Kampagne gegen den Staudamm und zur Rettung von Hasankeyf (HYG) wieder Fahrt aufgenommen. Nach mehreren lokalen Protestaktionen fand am 20. September der erste weltweite Hasankeyf-Aktionstag mit Aktionen in Hasankeyf, Bagdad, Istanbul, Rom, Hamburg und London statt. Gegen die geplanten Umsiedlungen wurden Klagen eingereicht und im Mai 2016 wurde in Batman das «Hasankeyf und Tigris-Symposium» durchgeführt. Dabei konnte auf die ungelösten Probleme im Zusammenhang mit den Umsiedlungen und der Rettung der kulturellen Güter hingewiesen werden.

Jetzt will die HYG die Kampagne «Nehmt Hasankeyf in die UNESCO auf» starten. Über das Problem Ilisu/Hasankeyf hinaus geht es auch darum aufzuzeigen, wie die Staudampfpolitik der türkischen Regierung dazu dient, in einer extrem zentralistischen Manier die Menschen zu übergehen, die Selbstverwaltung der kurdischen Gebiete abzuwürgen und die Bevölkerung zu vertreiben. Die Staudampfpolitik ist damit ein wesentlicher Teil des Kriegs des türkischen Staats gegen die kurdische Bevölkerung.



Aufbau der Selbstversorgung in den Städten. Foto: MEH

Angriff auf die kurdischen Abgeordneten

Am 20. Mai hat das türkische Parlament eine Verfassungsänderung angenommen, gemäss welcher die Immunität von 138 ParlamentarierInnen aufgehoben wird.

Tatsächlich richtet sich die Verfassungsänderung in erster Linie gegen die 59 Abgeordneten der prokurdischen «Demokratischen Partei der Völker» (HDP). Sie sollen angeklagt werden und müssen mit zum Teil jahrelangen Strafen rechnen, da die Anklagepunkte bis zu «Unterstützung von Terroristen, Volksaufwiegelung und Volksverhetzung» reichen. Es wird erwartet, dass es zu einem schnellen Prozess kommt.

Bei einer Verurteilung verlieren die ParlamentarierInnen ihr Mandat. Damit aber würde die demokratisch gewählte und legitimierte Vertretung der kurdischen Bevölkerung auf einen Schlag ausgeschaltet. Präsident Erdogan, der sich für das Referendum stark gemacht hat, demonstriert damit einmal mehr, dass er keine politische Lösung im Südosten der Türkei will. Gleichzeitig wird der Weg zur angestrebten Präsidialrepublik frei – die HDP ist die politische Kraft im türkischen Parlament, die sich dieser Entwicklung vehement entgegenstellt.

Es ist zu erwarten, dass die HDP-Abgeordneten beim Verfassungsgericht gegen den Parlamentsentscheid Klage einreichen werden. Allerdings brauchen sie für das dazu benötigte Fünftel aller Abgeordneten 52 ParlamentarierInnen aus anderen Parteien, die sie unterstützen. Die HDP gibt aber nicht auf. Kopräsident Selahattin Demirtas erklärte: «Wir werden ihnen das Leben schwer machen. Wir sind wie geröstete 'Kichererbsen aus Eisen'. Sie werden sich die Zähne an uns ausbeissen.»

Diyarbakir/Sur – Zerstörung und Vertreibung



Die monatelange Ausgangssperre seit Dezember 2015 brachte das Leben in Diyarbakir zum Erliegen. Der Beschuss mit schweren Kriegswaffen durch das türkische Militär zerstörte Tausende von Wohnhäusern, aber auch Moscheen und Kirchen, Zehntausende Menschen wurden vertrieben und damit auch soziale Strukturen zerstört.

Die Altstadt Sur, in der die BewohnerInnen 104 Tage Widerstand leisteten, soll so nicht wiedererstehen. Das entschied das türkische Parlament, als es am 21. März die Verstaatlichung von neunzig Prozent der Altstadt beschloss. Die geflüchteten Familien sollen nicht mehr zurückkehren können. Stattdessen wird die zerstörte Altstadt nach türkischen Plänen neu aufgebaut. Ein Vertreter der Architektenkammer sagte: «Wir haben die grösste Sorge, dass die für Sur geplanten städtebaulichen und sozialen Pläne nicht der Belebung der Stadt, sondern vielmehr dem Aufbau einer militärischen Sicherheitsstruktur dienen.»

Im Namen der Menschen in Nordkurdistan, die für partizipative Demokratie, Gleichberechtigung und eine ökologische Wirtschaft kämpfen, danken wir für Ihre Solidarität.

Kolumbien: Soziale Bewegungen fordern Mitsprache

Im bergigen Departement Tolima in Kolumbien plant der Minenkonzern AngloGold Ashanti eine der zehn grössten Tagebau-Goldminen weltweit. Aufgrund der Erfahrungen mit dem Bergbau in verschiedenen Gegenden des Landes, der mit Vertreibungen, Zerstörung des Lebensraums, Wasserverschmutzung und nicht selten mit Militarisierung und Paramilitarisierung einhergeht, haben sich Basisorganisationen im «Comité Ambiental en Defensa de la Vida» zusammengeschlossen. In der nahe beim Minenprojekt gelegenen Gemeinde Piedras wurde im Juli 2013 eine Volksbefragung durchgeführt, an welcher sich die Stimmenden zu 99 Prozent gegen die geplante Goldmine und für den Schutz des Flusses aussprachen.



Mai 2016: «Consulta popular ya» – Bewegungen fordern, dass die Volksbefragung zum Minenprojekt endlich durchgeführt wird. Foto: Comité Ambiental

Als Folge des breit abgestützten Widerstands gegen die Goldmine wurde für Anfang Juni in der Departementshauptstadt Ibagué ebenfalls eine Volksabstimmung geplant – ein Erfolg der Basisorganisationen, die schon lange eine Mitsprache der Bevölkerung fordern. Nach der Gemeinde Piedras wird zum ersten Mal in Kolumbien, und zum ersten Mal überhaupt in einer bedeutenden Stadt, die Bevölkerung im Einflussgebiet eines solch einschneidenden Megaprojekts befragt. Während die Stadtregierung von Ibagué ebenso wie das Verwaltungsgericht des Departements die Konsultation der Bevölkerung begrüssen, will die kolumbianische Regierung generell eine Mitsprache verhindern und allein über die Vergabe von Bergbaulizenzen entscheiden. Umso wichtiger ist es deshalb, dass eine grosse Zahl Stimmberechtigter an der Abstimmung teilnimmt. Wird das Projekt in der Abstimmung abgelehnt, ist dies ein wichtiger Erfolg des Widerstands gegen Minenprojekte. Ansonsten erfährt die Politik der kolumbianischen Regierung, die den Bergbau im Eilzugstempo vorantreibt, weiteren Auftrieb.

Bis dieses Bulletin in den Druck ging, war wegen unklarer Verfahrensfragen allerdings nicht klar, ob die Abstimmung tatsächlich zum geplanten Termin durchgeführt würde. Trotzdem starteten die Basisbewegungen in Tolima ihre Informations- und Mobilisierungsarbeit, die vom SOLIFONDS unterstützt wird.

Landesweiter Streik

Ab dem 30. Mai sind in Kolumbien Bauern- und Bäuerinnenbewegungen, Gewerkschaften, Frauenorganisationen, Studierende, Indigene und AfrokolumbianerInnen in einen landesweiten Streik getreten. Damit fordern sie, dass die Regierung unerfüllte Versprechen erfüllt (siehe Bulletin Nr. 97). Gleichzeitig fordern soziale Bewegungen auch ihren Einbezug in den Friedensprozess: Damit wirksame Lösungen für den sozialen und politischen Konflikt ausgehandelt und Grundlagen für eine demokratische, gerechte Gesellschaft geschaffen werden, muss die Bevölkerung Teil der Verhandlungen sein.

Aktuelle Informationen zur Abstimmung in Ibagué und zum Streik auf www.solifonds.ch.

Politische Gewalt in Kolumbien nimmt zu

«Ihr habt eine Woche Zeit, um die Region zu verlassen. Wir töten euch wie Ratten.» Diese Drohung erhielten soziale Bewegungen im Südwesten Kolumbiens Ende März. Kurz zuvor waren zwei Führungspersonen ermordet worden. Von da an häuften sich die Drohungen und Übergriffe gegen GewerkschafterInnen, Führungspersonen und Mitglieder von Bauern- und Bäuerinnenorganisationen, Frauenbewegungen und Zusammenschlüsse von Indigenen und AfrokolumbianerInnen. Gleichzeitig führten Paramilitärs einen «bewaffneten Streik» in verschiedenen Gebieten durch – sie verhängten eine Ausgangssperre und erschossen fünf Personen, die sich trotzdem auf der Strasse aufhielten. Paramilitärische Gruppierungen riefen auch zur Teilnahme an einer Demonstration, welche von Ex-Präsident Alvaro Uribe angestossen wurde, gegen die laufenden Friedensverhandlungen auf.

Während ein Friedensabkommen zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC-Guerilla in greifbare Nähe rückt und Verhandlungen mit der Guerilla ELN aufgenommen werden, nimmt die politische Gewalt gegen soziale Bewegungen zu und erreicht ein erschreckendes Ausmass. Gleichzeitig ist auch die Kriminalisierung des sozialen Protests stärker geworden, AktivistInnen und Aktivisten müssen mit (oft erfundenen) Strafanzeigen und Haftstrafen rechnen.

SOLIFONDS und acht weitere Organisationen – der Schweizerische Gewerkschaftsbund, das Zentralamerikasekretariat, MultiWatch, die Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien, Fastenopfer, CETIM, Peacewatch und Comundo – haben die kolumbianische Regierung in einem Protestbrief aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die sozialen Bewegungen ihre Rechte ausüben können und der Kriminalisierung ebenso wie der paramilitärischen Gewalt ein Ende gesetzt wird.

Impressum:

Stiftung «Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt»

Redaktion:
Urs Sekinger, Yvonne Zimmermann

Druck: printoset, Zürich